

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 5

Artikel: Die Transmissionsriemen Moskaus in der Ersten und Dritten Welt : die "Internationale Demokratische Organisation"
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094969>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die «Internationalen Demokratischen Organisationen»

Die Transmissionsriemen Moskaus in der Ersten und Dritten Welt

Von Laszlo Revesz

In dieser Nummer beginnen wir mit einer Folge von kurzen Darstellungen der verschiedenen Organisationen, die bewusst im Dienste Moskaus geleitet werden und deren Mitglieder im Westen oft unbewusst im Umzug mitlaufen. Es handelt sich um Sammelbecken für Lenins nützliche Idioten, deren Geschichte und Funktion in der folgenden Einleitung zusammengefasst wird.

Schon Lenin hatte wiederholt erklärt, dass die kommunistischen Parteien ausserstande seien, alle Schichten der Bevölkerung unmittelbar zu erreichen und sie ihrem ideologisch-politischen Einfluss zu unterwerfen. Dazu benötigen sie besondere gesellschaftliche Organisationen, welche unter ihrer Leitung und Kontrolle arbeiten und sich für die Verwirklichung der Parteipolitik einsetzen.

Diese internationalen Transmissionsriemen nennt man «internationale demokratische Organisationen», im Westen des öftern Frontorganisationen; es ist zu befürchten, dass sie unter gewissen Bedingungen — wenn die Behörden und die Staatsbürger die notwendige Wachsamkeit unterlassen — leicht zur Fünften Kolonne werden könnten. Sie sind berufen, sich in einer gewissen Schicht der Bevölkerung für die aussenpolitischen Zielsetzungen Moskaus einzusetzen und die von dort geplanten internationalen Massenkundgebungen, Streik- und Protestaktionen zu organisieren.

Diese Taktik wendet Moskau in der heutigen Grössenordnung erst seit dem Zweiten Weltkrieg an.

Die internationalen demokratischen Organisationen spielen im sowjetischen «Friedenskampf» und im «internationalen Klassenkampf» eine beträchtliche Rolle. Die Tatsache, dass auf das gleiche internationale Ereignis alle buchstäblich gleich reagieren, sowie der Umstand, dass alle von einem der sowjetsozialistischen Länder betreut werden, ist zureichender Beweis, dass es sich hier tatsächlich nur um Transmissionsriemen der kommunistischen Bewegung handelt.

Die wichtigsten Frontorganisationen sind folgende:

- Weltbewegung der Friedenskämpfer mit dem Weltfriedensrat und mit zwei weiteren internationalen Komitees an der Spitze
- Weltgewerkschaftsbund
- Gesellschaften für die Freundschaft mit der Sowjetunion (auch «Gesellschaften der Freunde der Sowjetunion»)
- Weltbund Demokratischer Jugend
- Internationaler Studentenbund
- Internationale Demokratische Frauenföderation
- Internationale Journalistenorganisation
- Organisation der Solidarität der afroasiatischen Völker

Programme und Tätigkeit

Die Tätigkeit aller Frontorganisationen konzentrierte sich in den ersten Jahren nach ihrer Gründung auf Westeuropa und Nordamerika (eine Ausnahme bildet die Organisation für afroasiatische Solidarität, die jedoch wesentlich später in Erscheinung trat). Erst nach 1949 begannen sie langsam und stufenweise, ihre Tätigkeit auch auf die Entwicklungsländer auszudehnen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt aber weiterhin auf den entwickelten westlichen Ländern.

Zwei Arbeitsmethoden stehen im Vordergrund. Einerseits die Abhaltung von «Solidaritätstagen», «-wochen» und sogar «-monaten» mit den unterdrückten Völkern und Bewegungen. Die Mitgliederorganisationen müssen im eigenen Lande entsprechende Kundgebungen und andere Aktionen organisieren. Organisation und Leitung der einzelnen Aktionen werden von den «Solidaritätskommissionen» sichergestellt, welche die einzelnen nationalen Sektionen der aufgezählten «Transmissionsriemen» im eigenen Lande ins Leben rufen müssen. Die unzähligen Vietnamkommissionen, die Kommissionen für Chile, für die Sache der Palästinenser gegen Israel, das internationale gesellschaftliche Gericht für die Untersuchung und Verurteilung der chilenischen Militärjunta sind nur einige wenige Beispiele dieser Aktivität. Da alle internationalen Organisationen zum gleichen Zeitpunkt ähnliche Kommissionen mit ähnlichen Aufgaben betreuen, liegt die Schlussfolgerung nahe: Es ist das Moskauer Parteizentrum, das universal geltende Anweisungen ausarbeitet.

Andererseits die Abhaltung von speziellen, sich jährlich wiederholenden «Solidaritätstagen», an welchen jede Mitgliederorganisation im eigenen Lande die zentral geplanten Kundgebungen organisiert. Es sind dies unter anderem: der internationale Tag der Frau, des Kindes, der Tag des Sieges usw. Ausserdem werden Gedenktage organisiert, an welchen die Erinnerung grosser fortschrittlicher Persönlichkeiten im eigenen Lande in Erinnerung gerufen wird.

Was Zielsetzungen und Programme betrifft, kann man folgende Generallinie feststellen. In den Jahren 1945—1948 hiess es: alle Anstrengungen gegen die Wiederbelebung des Faschismus, für die Festigung des Friedens. Nach 1948 findet man Hinweise auf den Faschismus immer noch, wobei jedoch dieser Begriff stark ausgedehnt wurde und jetzt jede Erscheinung erfasst, die einen antikommunistischen Inhalt oder Charakter hat. Der Schwerpunkt wurde aber von 1959

an auf den Kampf gegen den «amerikanischen Imperialismus» verlegt, welcher angeblich den sich wiederbelebenden Faschismus in den verschiedenen Ländern unterstützt und die Welt mit einem neuen Krieg bedroht.

Auf nationaler Ebene kämpfen die einzelnen Organisationen hauptsächlich für solche demokratische Ziele und Rechte, die in keinem sozialistischen Land geduldet werden, oder die nach der Errichtung des «Sozialismus» sofort liquidiert werden. Um nur einige zu nennen: für die staatlich anerkannte und garantierte Rolle der Gewerkschaften als Gegenspieler der Betriebsleitungen, für Streikrecht, für Informations- und Pressefreiheit gegen die Pressemonopole, für die Selbstbestimmung der nicht-staatsbildenden Völker im Sinne des Rechtes auf Sezession und Bildung eines eigenen Staates (mit Ausnahme neuerdings Zyperns). Man setzt voraus, dass die einfachen Mitglieder der einzelnen Organisationen die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Interpretation solcher Kampfziele nicht kennen. Es gibt also eine Begriffsverwirrung zwischen Zentralorganen und Mitgliedern. Die Zentralorgane verstehen unter Demokratie eine mit der Diktatur untrennbar verbundene Staats- und Gesellschaftsform; die höchste Stufe der Demokratie bildet danach die Diktatur des Proletariates, da sie ja Demokratie für die Mehrheit und Diktatur für die Minderheit bedeutet, während die bürgerliche Demokratie die Demokratie nur für eine Elite, die Minderheit, garantiert und für die Mehrheit die Klassendiktatur praktiziert. Die Zentralorgane unterscheiden zwischen gerechten und ungerechten Kriegen sowie rechtem und ungerechtem Frieden, wobei der gerechte Krieg bejaht wird und die Verletzung eines ungerechten Friedens kein Friedensbruch sei. Als den gerechtesten Krieg erachten die Zentralorgane den von den Revolutionären ausgelösten Bürgerkrieg, den die fortschrittliche Menschheit in Uebereinstimmung mit der UNO-Charta zu unterstützen hat (Revolution = Selbstbestimmung über das soziale System). Unter friedlicher Koexistenz verstehen die Zentralorgane die Vorbereitung der Revolution mit oder — möglichst — ohne Blutvergiessen.

Geschichtliche Rückblicke

Um die direkte Moskauer Führung und Kontrolle nicht zum Vorschein kommen zu lassen, wollte man zuerst als Sitz der einzelnen Organisationen Paris wählen. Frankreich wurde damals neben Italien als das «schwächste Glied» des Imperialismus betrachtet, und man wollte durch die Anwesenheit dieser Organisationen die oppositionelle Bewegung unterstützen. Nach fünf, sechs Jahren sah sich jedoch die französische Regierung gezwungen, diesen Organisationen die «Gastfreundschaft» zu kündigen, da die Gäste sich in erster Linie mit subversiver Tätigkeit gegen das Gastland beschäftigten. Dann wanderten die Zentralstellen der Organisationen teilweise nach Wien, und nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages vom Herbst 1955 weiter nach dem Osten, nach Prag, Ostberlin und Budapest. In den letzten Jahren wurde das System dieser Organisationen wesentlich komplexer, was in erster Linie damit zusammenhängt, dass die übereifrigen Moskauer Organe, um ihre Ergebnisse gegenüber der sowjetischen Aussenpolitik unter Beweis zu stellen und ihren «enormen» Einsatz in deren Interesse zu zeigen, immer neue

(Fortsetzung auf Seite 6)

Organisationen ins Leben rufen. Moskau verteilt die finanzielle Unterstützung dann entsprechend der «Leistung».

Die Finanzierungsfrage

Bezüglich Finanzierung der «Transmissionsriemen» besteht kein Zweifel daran, dass das Sowjetvolk und die osteuropäischen Satelliten beträchtliche Opfer bringen müssen. Es ist ausgeschlossen, dass ohne sowjetischen Zuschuss so breitangelegte Aktionen durchgeführt werden können, wie sie im Laufe der letzten Jahre stattfanden. Alle Organisationen haben ihre internationalen und nationalen Zentralstellen mit einem entsprechenden administrativen Apparat, sie haben ihre Presseorgane, sie organisieren zahlreiche Aktionen, Konferenzen, Seminare usw., die aus eigenen Kräften unter keinen Umständen finanziert werden könnten. In der Sowjetunion existierten und existieren eigene Fonds, meistens nicht offiziell vom Staat dotiert, sondern von den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, welche die Aufgabe haben, den erwähnten Organisationen sowohl politisch-«moralische», d. h. organisatorische, als auch finanzielle Hilfe zukommen zu lassen.

Diese Fonds sind beinahe so alt wie der Sowjetstaat selbst. Der erste von ihnen war die «MOPR» — die «Internationale Organisation für die Unterstützung der Kämpfer der Revolution» in der kapitalistischen Welt. Man nannte sie auch «Internationale Rote Hilfe» (MKP). Sie wurde 1922 gegründet, durch einen Beschluss des IV. Kominternkongresses auf Antrag der Gesellschaft der Altbolschewiken. Zehn Jahre nach der Gründung, 1932, hatte sie schon 70 nationale Sektionen mit etwa 14 Millionen Mitgliedern. Von diesen waren 9,7 Millionen Sowjetbürger, welche ihre Mitgliedschaftsbeiträge systematisch bezahlen mussten.

1923—1939 organisierte die MOPR zahlreiche internationale Protestkampagnen «gegen den Terror auf dem Balkan, in Polen, China, in den baltischen Staaten» usw. Unter den aktiven Funktionären der MOPR in den dreissiger Jahren kann man unter anderen den heutigen portugiesischen Parteichef Cunhal erwähnen, der Sekretär der portugiesischen MOPR-Sektion war.

Bis 1937 war das administrative Zentrum der MOPR in Moskau, und Ende 1937 wurde es nach Paris verlegt, wo es bis September 1939 arbeitete. Dann gab es Differenzen zwischen der Sowjetunion und Frankreich wegen der Zusammenarbeit zwischen Hitlerdeutschland und der

Sowjetunion, weshalb die MOPR erneut nach Moskau zurückwandern musste. **Offiziell** wurde das Moskauer Zentrum 1947 aufgelöst, die nationalen Organisationen der Roten Hilfe existierten aber weiter, so zum Beispiel in Frankreich und in einer Anzahl lateinamerikanischer Länder.

Die Arbeit der MOPR wurde von einem Exekutivkomitee unter der Leitung eines ständigen Sekretariats und Präsidiums geleistet. Die Exekutivkomitees wurden an MOPR-Konferenzen (1924 und 1927) sowie am MOPR-Kongress im November 1932 — alle in Moskau — gewählt. 1932 veröffentlichte die MOPR in verschiedenen Sprachen 90 Zeitschriften, Zeitungen und Bulletins. (Vgl.: Grosse Sowjetenzyklopädie, 3. Aufl., Bd. 15, S. 593. Moskau 1974.)

Offiziell wurde der Sowjetische Friedensfonds Nachfolger der MOPR. Während 13 Jahren wurde also die Finanzierung der Transmissionsriemen auf eine Weise vorgenommen, die geheim blieb. Der Friedensfonds wurde 1960 gegründet zwecks Unterstützung des Friedenskampfes, der nationalen Befreiungsbewegung und zum Kampf gegen Imperialismus und Kriegspolitik. Der erste Vorstand wurde 1961 gewählt, das Statut 1963 verabschiedet.

Der Sowjetische Friedensfonds hat eine ganz andere organisatorische Struktur als sein Vorgänger. Mitglieder sind die «Werkstätigenkollektive» in Betrieben, Kolchosen, Behörden, Hochschulen, gesellschaftlichen Organisationen usw. In diesen wurden «Kommissionen für die Unterstützung des Friedensfonds» gebildet.

1971 leistete der Friedensfonds eine «beträchtliche Hilfe» für das «vietnamesische Volk», ferner für die Völker von Laos und Kambodscha. Zusammen mit dem Sowjetkomitee für afroasiatische Solidarität unterstützte er die fortschrittlichen Organisationen der Dritten Welt, die nationalen Befreiungsbewegungen usw. Besondere Hilfe galt den Arabern. Auf die Bitte der Organisation der Afrikanischen Einheit hin unterstützte der Friedensfonds die Aktionen dieser Organisation; ausserdem unterstützte er die von den einzelnen internationalen Organisationen veranstalteten Kampagnen, Konferenzen und Aktionen. (Vgl.: Jahrbücher der Grossen Sowjetenzyklopädie für 1972 und 1973, S. 29 und 26.)

Schlussfolgerungen

In den internationalen demokratischen Organisationen sind Menschen aller Berufe, Einkom-

menklassen und Weltanschauungen willkommen — falls sie bereit sind, sich für die sowjetischen Zielsetzungen in einer von Moskau vorgeschriebenen Weise einzusetzen,

Vom rein juristischen Standpunkt aus muss im Zusammenhang mit den sowjetischen und osteuropäischen nationalen Sektionen aller aufgezählten internationalen demokratischen Organisationen folgende Tatsache betont werden.

Es wäre ein grosser Fehler, wenn diese Sektionen, welche jeweils als Gastgeber und Leiter auftreten, als rein gesellschaftliche Organisationen, und die sowjetisch-volksdemokratischen Kontakte zu den von ihnen errichteten und kontrollierten internationalen Organisationen als rein gesellschaftliche Kontakte, betrachtet würden. Die sogenannten gesellschaftlichen Organisationen in den sowjetsozialistischen Ländern sind in Wirklichkeit getarnte, vom Staat unterhaltene und kontrollierte Gebilde, welche ins Staatsrecht eingebaut und dem Vereinsrecht untergeordnet sind. Im Sinne der Sowjetverfassung müssen alle «im Interesse der Werktätigen und des Aufbaus des Sozialismus» arbeiten (Art. 126), und zwar unter der Leitung und Kontrolle der KP, was auch in ihren Statuten (wie auch in jenen der Partei) festgehalten wird.

Die Kontakte mit dem Ausland können ausschliesslich auf staatlicher Ebene oder im staatlichen Auftrag gepflogen werden. Der Kontakt mit dem Ausland ist aber nicht nur eine einfache staatliche, sondern eine staatlich-zentralisierte Angelegenheit. Staatliche Organe und ihre Beamten dürfen mit ausländischen Institutionen keinen privaten Kontakt haben, sondern nur über das Aussenministerium (vgl. Ukase vom 16. 12. 1947, Art. 1 — Sbornik zakonow SSSR i ukazow Presidiuma Werchowonogo Sowjeta SSSR, Moskau 1959, S. 237—239), die wirtschaftlichen Kontakte über das Aussenhandelsministerium (ebenda). Für direkte und nicht ausdrücklich erlaubte Kontakte (z. B. Versand von Manuskripten usw.) steht eine strafrechtliche Verantwortung.

Der getarnte staatliche Charakter der zur Förderung der Kontakte mit dem Ausland berufenen «gesellschaftlichen» Organisationen kommt in folgenden Punkten zum Ausdruck:

- in den einzelnen Ministerien (hauptsächlich im Kulturministerium) gibt es spezielle Abteilungen für Auslandskontakte;
- alle kulturellen Beziehungen werden ausserdem von einer zentralen staatlichen Stelle, dem Staatskomitee für kulturelle Beziehungen zum Ausland, geleitet und kontrolliert. Dieses Komitee entspricht rechtlich und de facto einem Ministerium;
- die Tätigkeit dieser Organisationen wird nach einem staatlichen Plan vorgenommen. Ihre eigenen Pläne bilden einen Bestandteil des gesamten Staatsplanes.

Die internationalen demokratischen Organisationen müssen im Dienste der Sowjetpolitik stehen. Falls sie ihre «Pflichten» nicht erfüllen oder ihre Rolle nicht weiterspielen wollen, werden sie entweder ausgeschlossen oder zu weiteren Veranstaltungen nicht mehr eingeladen. Nach 1958 fand in der Internationalen Journalistenorganisation eine grosse Säuberung statt, da einzelne Funktionäre das Wesen der Breschnew-Doktrin über die beschränkte Souveränität eines «sozialistischen» Landes «nicht begriffen».



«Jesch», 6. 3. 1974: «Zum 8. März Sex.»



«Zum 8. März: Sextett spielt Bach-Händel. Buffet.»